

CHRISTOPH MICK

VON DER SCHWIERIGKEIT, EINEN STAAT ZU GRÜNDEN

DIE UKRAINE 1917–1921

Einführung

Die Nationsbildung war noch nicht abgeschlossen, als sich der ukrainischen Nationalbewegung die Gelegenheit bot, einen Staat zu gründen. Die Staatsgründung war nicht von langer Hand vorbereitet, sondern aus der Not geboren. Bis ins Jahr 1918 hinein strebten ukrainophile¹ Intellektuelle und Politiker Autonomie im Rahmen Österreich-Ungarns oder eines reformierten Russischen Reiches an. Ereignisse außerhalb ihrer Kontrolle – in der Zentral- und Ostukraine die beiden russischen Revolutionen und in der Westukraine der Zusammenbruch Österreich-Ungarns – zwangen die ukrainischen Aktivisten zum Handeln. Nachdem die Unabhängigkeit proklamiert worden war, gab es kein Zurück mehr. Autonomie innerhalb eines Reiches, einer Föderation oder als Minderheit eines Nationalstaates war nun keine attraktive Option mehr.

Die ukrainische Nations- und Staatsbildung war kein notwendiges Resultat historischer Entwicklungen. Moderne Nationen und Nationalstaaten waren Antworten auf die Herausforderung von Modernisierung und Industrialisierung, aber jede einzelne Nationsbildung wie auch jede Staatsbildung ist kontingent.² Schon gar nicht vorbestimmt war, welche Territorien und Gruppen der jeweilige Nationalstaat umfassen würde.

¹ Unter „Ukrainophilen“ verstehe ich die Anhänger und Propagandisten der Idee, dass die griechisch-katholische und griechisch-orthodoxe ukrainischsprachige Bevölkerung Österreich-Ungarns und die russisch-orthodoxe, ukrainischsprachige Bevölkerung des Russischen Reiches Teile einer distinkten ukrainischen Nation waren.

² Ich folge hier der Argumentationslinie von ERNEST GELLNER, *Nations and Nationalism*, Ithaca 1983, S. 6 f.

Diese Kontingenz gilt für die deutsche, französische und spanische Nations- und Staatsbildung ebenso wie für die ukrainische, polnische oder russische. John-Paul Himka hat gezeigt, welche nationalen Optionen allein den Ruthenen³ in Österreich-Ungarn zur Verfügung standen. Manche Ruthenen betrachteten sich als Russen (Russophile), andere als Polen, wiederum andere nur als Ruthenen oder waren national indifferent. 1914 war die ukrainische Identifizierung am stärksten verbreitet, d.h. die Mehrheit der griechisch-katholischen Ruthenen sah sich als Teil eines ukrainischen Volkes.

Es gab in den vier Jahren zwischen der Russischen Februarrevolution im März 1917 und dem Frieden von Riga zwischen Polen und Sowjetrussland vier Jahre später mindestens vier Versuche, einen unabhängigen ukrainischen Staat zu gründen, drei davon in den ukrainischen Provinzen des Russischen Reiches und einen in Ostgalizien, der östlichen Hälfte des österreichischen Kronlandes Galizien und Lodomeren.⁴ Letztlich scheiterten alle Versuche. In der Zentral- und Ostukraine schafften es die *Bol'seviki* im dritten Anlauf, einen Großteil der Provinzen mit ukrainischer Bevölkerungsmehrheit unter Kontrolle zu bekommen. Diese wurden als Ukrainische Sozialistische Sowjetrepublik am 30. Dezember 1922 mit der Russischen Sozialistischen Föderativen Sowjetrepublik, der Transkaukasischen Sozialistischen Föderativen Sowjetrepublik und der Belarussischen Sozialistischen Sowjetrepublik zur Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken vereint. Ostgalizien und die westlichen Teile Podoliens und Wolhyniens wurden Teil der Zweiten Polnischen Republik. Die Karpatho-Ukraine wurde in die Tschechoslowakische Republik und die Bukowina in Rumänien eingegliedert.

Das Scheitern der Staatsbildungsversuche traumatisierte die Aktivisten der ukrainischen Nationalbewegung. Sie suchte nach den Gründen der Niederlage. Für den Ideologen des ukrainischen integralen Nationalismus Dmytro Doncov war die Sache klar: Er machte das Festhalten der alten liberalen ukrainischen Politikergeneration an humanistischen Idealen und den Mangel an Leidenschaft für die nationale Sache für das Scheitern verantwortlich. Er wollte aus der Niederlage lernen: Der unbedingte Wille zum Sieg und zur Macht sollte der Ukraine zur Unabhängigkeit

³ Ruthenen und Ruthenisch waren die offiziellen Namen für die ukrainischsprachige, griechisch-katholische oder orthodoxe Bevölkerung in Österreich-Ungarn.

⁴ Dazu kommen Versuche mit regionaler Begrenzung in der Karpatho-Ukraine und in der Bukowina sowie die Proklamierung einer ukrainischen Sowjetrepublik in Char'kiv.

verhelfen.⁵ Mit seiner Kritik an der Führung der Nationalbewegung und am Mangel an nationaler Leidenschaft der ukrainischen Bauern war Doncov nicht allein. Die wichtigste ukrainische Tageszeitung in Polen, „Dilo“ (Die Tat), schrieb 1923 über die westukrainische Staatsbildung, die Ukrainer hätten im November 1918 über eine Armee, reale Macht und über die Initiative verfügt. Doch waren die Führer vom großen Moment überrascht worden, hätten ratlos reagiert und nicht die günstige Konstellation ausgenutzt.⁶

Zehn Jahre später legte die Zeitung nach: Die militärischen Führer hätten Fehler gemacht, Politiker seien unentschlossen, der Organisationsgrad zu niedrig und die Volksmassen nicht auf eine Revolution vorbereitet gewesen. Dann nannte die Zeitung einige Gründe, die außerhalb ukrainischen Einflusses lagen, wie die unvorteilhafte internationale Konstellation und die militärische Überlegenheit des Gegners. Den wichtigsten Grund für die Niederlage sah „Dilo“ aber in den sozialpsychologischen Unterschieden. So habe „beispielsweise jeder Pole vom kleinsten Kindesalter an und vom Straßanjungen bis zum größten Herrn“ gekämpft. Auf ukrainischer Seite sei die *levée en masse* dagegen ausgeblieben. Es fehlte damit auch das heroische Aufbäumen gegen die drohende Niederlage.⁷ Damit spricht das „Dilo“ die Gründe an, die auch in der Forschung als Ursachen der Niederlage genannt werden.⁸

⁵ DMYTRO DONCOV, Nacjonalizm, in: Ukrains'ka suspilno-polityčna duma v 20 stolitti [Das ukrainische sozial-politische Denken im 20. Jahrhundert], New York 1983 (auszugsweise englische Übersetzung in: Towards an Intellectual History of Ukraine. An Anthology of Ukrainian Thought from 1710 to 1995, hg. v. RALPH LINDHEIM / GEORGE S. N. LUCKYJ, Toronto u. a. 1995, S. 260–268).

⁶ Dilo, 01.11.1923 (teilweise censiert); Dilo, 02.11.1932.

⁷ Dilo, 01.11.1933; Dilo, 01.11.1934.

⁸ V. F. SOLDATENKO, Graždanskaja vojna v Ukraine (1917–1920 gg.) [Der Bürgerkrieg in der Ukraine, 1917–1920], Moskva 2012; V. F. VERSTIUK, Ukrains'ka Central'na Rada i ukrainizacija vijs'kovych častyn rossijs'koj armiji [Der Ukrainische Zentralrat und die Ukrainisierung der Militäreinheiten der russländischen Armee], in: Ukrains'kij istorični žurnal (2012), H. 3, S. 4–27; JAROSLAV HRYCAK, Ukrains'ka Revoljucija, 1914–1923: novi interpretaciji [Die Ukrainische Revolution, 1914–1923: neue Interpretationen], in: Ukraina Moderna (1999), H. 2–3, S. 254–269; MARK VON HAGEN, The Dilemmas of Ukrainian Independence and Statehood, in: The Harriman Institute Forum 7 (1994), S. 7–11; JOHN-PAUL HIMKA, The National and the Social in the Ukrainian Revolution of 1917–20, in: Archiv für Sozialgeschichte 34 (1994), S. 95–110; The Ukraine, 1917–1921: A Study in Revolution, hg. v. TARAS HUNCZAK, Cambridge, MA 1977; JOHN RESHETAR, The Ukrainian Revolution, 1917–1920. A Study in Nationalism, Princeton 1952. Siehe auch die Sondernummer des Journal of Ukrainian Studies 24 (Summer 1999).

Die „ukrainische Revolution“ schlug fehl,

- weil die ukrainischen Massen nicht genügend national mobilisiert waren und die Priorität der Agrarfrage die Autonomie oder Unabhängigkeit der Ukraine zum Mittel und nicht zum Zweck machten. Gründe dafür waren die verzögerte ukrainische Nationsbildung in der Zentral- und Ostukraine, die vorwiegend auf die repressive Politik des Russischen Reiches zurückzuführen ist, und starke sozialrevolutionäre Tendenzen, die vom Landhunger der Bauern gespeist wurden.⁹
- weil der internationale Kontext ungünstig war. Spätestens seit der russischen Oktoberrevolution unterstützten die Entente und die Vereinigten Staaten die polnische Staatsbildung als Gegengewicht gegen Deutschland und später gegen Sowjetrussland. Dies ging zu Lasten der ukrainischen Staatsbildungsversuche.
- weil die Interessen von Ost- und Zentralukraine auf der einen und der Westukraine auf der anderen Seite unvereinbar waren: In der Ost- und Zentralukraine stand Sowjetrussland der Staatsbildung im Wege, in der Westukraine mussten vor allem polnische Ansprüche abgewehrt werden. Dies schloss effektive gegenseitige Hilfe aus und führte schließlich dazu, dass sich die feindliche Übermacht durchsetzte.
- weil die nationalen Führer in entscheidenden Momenten Fehler machten, unentschlossen waren oder den falschen Verbündeten wählten. Bestand jemals die Aussicht, am Ende des Weltkrieges einen ukrainischen Staat auf Dauer zu etablieren? Ich werde versuchen, zu zeigen, dass das Scheitern zum Teil mit dem Grad nationaler Mobilisierung, aber mehr noch mit Faktoren zusammenhing, auf die die ukrainischen Staatsbilder nur wenig Einfluss hatten. Die unerwartet schnelle Niederlage der Mittelmächte an der Westfront, das Wiedererstarken (Sowjet-)Russlands, die territorialen Ambitionen des polnischen Staates und das Desinteresse der Siegermächte an der „ukrainischen Frage“ unterminierten die Staatsbildungsversuche.

Autonomie oder Unabhängigkeit?

Die ukrainische Nationsbildung fand gegen den Widerstand der russischen Regierung und der polnischen Eliten statt. Die russische Regierung teilte

⁹ Zum Zusammenhang von Revolution, Nation und Staatsbildung siehe GEOFF ELEY, Remapping the Nation. War, Revolutionary Upheaval and State Formation in Eastern Europe, 1914–1923, in: Ukrainian-Jewish Relations in Historical Perspective, hg. v. HOWARD ASTER / PETER J. POTICHNY, Edmonton 1990, S. 205–246.

die Meinung russischer Nationalisten, dass die ukrainische Nationalbewegung eine existenzielle Bedrohung für den Bestand des Russischen Reiches darstellte. Die ukrainischsprachige Bevölkerung wurde nicht Ukrainer, sondern Kleinrussen genannt und als Teil des russischen Volkes betrachtet, das mit Belarusen und Großrussen durch die gemeinsame orthodoxe Tradition, Kirchensprache und die frühere Zugehörigkeit zur Kiever Rus verbunden war. Als sich im Laufe des 19. Jahrhunderts eine ukrainische Nationalbewegung zu entwickeln und nach einer kulturellen Phase zu politisieren begann, reagierten die russischen Behörden schnell. 1863 und 1876 wurden Publikationen und Aufführungen in ukrainischer Sprache eingeschränkt und schließlich verboten. Ukrainische Bildungsvereine wurden geschlossen, Aktivisten der Nationalbewegung verhaftet.

Die Restriktionen wurden nach der Revolution von 1905 zwar gelockert, aber der Kampf gegen die ukrainische Nationalbewegung wurde 1914 mit neuer Kraft wieder aufgenommen. Dies machte es den ukrainischen Aktivisten im Russischen Reich schwer, die nationale Botschaft in der Bauernschaft zu verbreiten.¹⁰ In den Städten dominierten russische Sprache und Kultur, an der sich die meisten Bewohner – ob orthodox oder jüdisch – orientierten. Nur in Poltava gab es eine ukrainischsprachige Bevölkerungsmehrheit.¹¹

In der russischen Ukraine fielen soziale und nationale Demarkationslinien zusammen. Die Bauern waren ukrainisch, die Gutsbesitzer russisch, russifiziert oder polnisch, aber Russen und Ukrainer teilten die russisch-orthodoxe Konfession. Im östlichen Teil des österreichischen Kronlandes Galizien und Lodomerien (Ostgalizien) gab es nicht nur eine doppelte, sondern eine dreifache Differenz. Die meisten Gutsbesitzer waren polnisch, die meisten Bauern ukrainisch. Die Polen waren gewöhnlich römisch-katholisch, die Ukrainer griechisch-katholisch. Während im

¹⁰ ALEKSEI MILLER, *The Ukrainian Question. The Russian Empire and Nationalism in the Nineteenth Century*, Budapest / New York 2009; ANDREAS KAPPELER, Ein „kleines Volk“ von 25 Millionen. Die Ukrainer um 1900, in: DERS., *Der schwierige Weg zur Nation. Beiträge zur neueren Geschichte der Ukraine*, Wien u. a. 2003, S. 21–35; DAVID B. SAUNDERS, *Russia and Ukraine under Alexander II. The Valuev Edict of 1863*, in: *International History Review* 17 (February 1995), S. 23–51; ANDREAS KAPPELER, *Russland als Vielvölkerreich. Entstehung – Geschichte – Zerfall*, München 1992, S. 210 f.

¹¹ GEORGE O. LIBER, *Total Wars and the Making of Modern Ukraine, 1914–1954*, Toronto 2016, S. 58. STEPHEN L. GUTHIER, *Ukrainian Cities During the Revolution and the Inter-war Era*, in *Rethinking Ukrainian History*, hg. v. IVAN L. RUDNYTSKY, Edmonton 1981, S. 57; PATRICIA HERLIHY, *Ukrainian Cities in the Nineteenth Century*, in: Ebd., S. 151.

westlichen Teil des Kronlandes römisch-katholische Polen die überwältigende Mehrheit der Bevölkerung ausmachten, sah die Situation im östlichen Teil anders aus. Im Jahr 1910 waren 61,68 Prozent der etwa 7,5 Millionen Einwohner griechisch-katholisch (meist Ruthenen), 25,3 Prozent waren römisch-katholisch (meist Polen) und 12,36 Prozent jüdisch. Nur ein kleiner Teil der jüdischen Elite identifizierte sich mit der polnischen Nation. Wie in den ukrainischen Provinzen des Russischen Reiches waren Ukrainer in fast allen Städten in der Minderheit.¹² In den Jahren vor dem Ersten Weltkrieg nahmen die Spannungen zwischen der polnischen und der ukrainischen Nationalbewegung zu. Die polnischen Eliten betrachteten Ostgalizien als polnisches Land. Dagegen verlangten ukrainophile Politiker schon lange die Teilung des Kronlandes in einen ukrainischen und einen polnischen Teil und die Vereinigung des östlichen Teils mit der Bukowina und der ungarischen Karpatho-Ukraine zu einem ukrainischen Kronland.¹³

Die k. u. k. Regierung unterstützte die ukrainische Nationsbildung in Ostgalizien als Gegengewicht gegen die polnischen Eliten, die das Kronland dominierten. Ein dichtes Netzwerk ukrainischer Bildungs- und Sportklubs, von Genossenschaften und Vereinen aller Art überzog das Land. Ukrainische Kinder gingen in ukrainischsprachige Volksschulen. Gegen den anhaltenden Widerstand von Teilen der polnischen Eliten waren auch einige ukrainische Gymnasien gegründet wurden, und es gab ukrainischsprachige Lehrstühle an der Lemberger Universität. Ukrainische Parteien beteiligten sich an der lokalen, regionalen und nationalen Politik und schickten Abgeordnete in den Landtag in Lemberg und den Reichsrat in Wien. Die Unterstützung der Regierung für die ukrainische Sache war aber begrenzt. Die Regierung wollte die polnischen Eliten nicht entfremden, auf deren Loyalität und Bereitschaft zur Zusammenarbeit die österreichische Verwaltung im Kronland beruhte.¹⁴

Bei Kriegsausbruch formierte sich ein Ukrainischer Nationalrat, der die Interessen der ukrainischen Bevölkerung Österreich-Ungarns vertrat, sowie ein aus Emigranten aus dem Russischen Reich bestehender Rat zur

¹² RUDOLF A. MARK, Galizien unter österreichischer Herrschaft. Verwaltung – Kirche – Bevölkerung, Marburg 1994, S. 85.

¹³ JÓZEF BUSZKO, Polacy w Parlamencie Wiedeńskim 1848–1918 [Polen im Wiener Parlament], Warszawa 1996; HARALD BINDER, Galizien in Wien. Parteien, Fraktionen und Abgeordnete im Übergang zur Massenpolitik, Wien 2005.

¹⁴ CHRISTOPH MICK, Kriegserfahrungen in einer multiethnischen Stadt: Lemberg 1914–1947, Wiesbaden 2010, S. 63.

Befreiung der Ukraine, die die österreichisch-ungarische Regierung nutzen wollte, um die ukrainische Bevölkerung des Russischen Reiches für sich zu gewinnen. Eine Option war die Vereinigung der Ukraine und die Anbindung an Österreich-Ungarn. Für eine solche Machterweiterung Österreich-Ungarns war der militärische Sieg ebenso notwendig wie die Zustimmung des übermächtigen deutschen Bündnispartners, der eigene Pläne in der Ukraine verfolgte. Doch auch der griechisch-katholische Erzbischof Andrij Šeptyc'kyj träumte von einer – wenigstens spirituellen – Vereinigung aller ukrainischen Territorien. Für ihn war es die Ausweitung der Kirchenunion nach Osten, die ihn die österreichische Seite unterstützen ließ. Die Niederlagen der k.u.k. Truppen gegen die russische Armee machten diese Hoffnungen allerdings zunächst zunichte. Lemberg (L'viv) wurde am 3. September 1914 von russischen Truppen besetzt.¹⁵

In der ersten Phase des Weltkrieges verhielten sich die Minderheiten im Russischen Reich wie in Österreich-Ungarn loyal. Dies war wenigstens im Falle der Ukrainer durchaus nicht selbstverständlich. Die k. u. k. Militärbehörden verdächtigten Ukrainer pauschal der Russophilie und machten sie zu Sündenböcken der Niederlagen. In den ersten Monaten des Krieges wurden zehntausende Ruthenen als Russophile interniert, viele starben in Lagern, hunderte wenn nicht gar tausende wurden standrechtlich erschossen oder aufgehängt.¹⁶ Im Russischen Reich schloss die Regierung zahlreiche ukrainische Organisationen, die nach 1905 entstanden waren. Sie versuchte weiterhin mit allen Mitteln, die ukrainische Nationalbildung zu verhindern. Die Annexion Ostgaliziens mit ihrer ukrainischen Bevölkerungsmehrheit war ein zentrales russisches Kriegsziel.¹⁷ Nach der Besetzung Ostgaliziens unterdrückte die russische Besatzungsverwaltung die ukrainische Nationalbewegung auch hier und protegierte die galizischen Russophilen, eine Minderheit in der ruthenischen Bevölkerung.¹⁸ Dies ließ die ukrainophilen Eliten noch stärker auf die Habsburger Linie einschwenken.

Eine neue Lage entstand durch die beiden russischen Revolutionen im März und November 1917 und den Kriegseintritt der Vereinigten Staaten von Amerika im April 1917. Als Folge dieser epochalen Ereignisse

¹⁵ Ebd., S. 70 f.

¹⁶ Ebd., S. 72–77.

¹⁷ KLAUS BACHMANN, Ein Herd der Feindschaft gegen Russland. Galizien als Krisenherd in den Beziehungen der Donaumonarchie mit Russland (1907–1914), Wien 2001.

¹⁸ Zu den Russophilen siehe ANNA VERONIKA WENDLAND, Die Russophilen in Galizien. Ukrainische Konservative zwischen Österreich und Russland 1848–1915, Wien 2001.

schwenkten die meisten Nationalbewegungen in Mittel- und Osteuropa auf den Pfad zur staatlichen Unabhängigkeit ein.

Die Februarrevolution überraschte die Führer der ukrainischen Nationalbewegung. In Kiev konstituierten ukrainische Intellektuelle einen Ukrainischen Zentralrat (*Zentralrada*) mit dem Anspruch, die ukrainischen Interessen in neun westlichen Provinzen¹⁹ des Russischen Reiches zu vertreten, und wählten den Historiker Mychailo Hruševs'kyj zum Vorsitzenden. Hruševs'kyj erklärte, dass die *Rada* die Rechte der Minderheiten respektiere, diese aber das Selbstbestimmungsrecht der ukrainischen Mehrheit anerkennen müssten.²⁰

Nach einigem Zögern erkannte die neue Provisorische Regierung in Petrograd die *Rada* als Repräsentantin der ukrainischen Provinzen an, aber erst nachdem Minderheitenvertreter in die *Zentralrada* aufgenommen worden waren. Ursprünglich hatte sich die Provisorische Regierung geweigert, den ukrainischen Provinzen Autonomie zu gewähren, auch um nicht der Entscheidung einer russischen verfassungsgebenden Versammlung vorzugreifen. Die *Zentralrada* verkündete in ihrem ersten Universal (Dekret) vom 23. Juni 1917 die Autonomie der ukrainischen Provinzen in einem reformierten Russland. Die gewählten Soldaten- und Bauernräte und die stärkste Partei, die Ukrainische Sozialrevolutionäre Partei, unterstützten die *Zentralrada* und erhöhten damit ihre Legitimität. Die ukrainischen Bauern waren durchaus für das nationale Projekt zu haben, wenn es mit ihren primären Interessen – Land und Kontrolle über die Erträge – kompatibel war.

Zu diesem Zeitpunkt strebte die *Rada* keine staatliche Unabhängigkeit, sondern Autonomie in einem reformierten, demokratischen und föderalen Russland an. Die *Rada* unterstellte sich die russischen Verwaltungsstrukturen und schaffte es, dass 300.000 ukrainische Soldaten der russischen Armee ihre Loyalität erklärten. Diese blieben aber in die bestehenden militärischen Strukturen der russischen Armee eingegliedert. Gleichzeitig konnten alte ukrainische Organisationen wie die Bildungsgesellschaft *Prosvita* ihre Tätigkeit im ganzen Land wieder aufnehmen. Am 1. April demonstrierten in Kiev 100.000 Menschen für die Autonomie der Ukraine. Dies zeigt das Ausmaß nationaler und sozialer Mobilisierung,

¹⁹ Kiev, Podolien, Wolhynien, Char'kov, Poltava, Chernigov, Ekaterinoslav, Cherson und Tauridien. Die Provisorische Regierung wollte den Zuständigkeitsbereich der *Rada* im Juli 1917 jedoch auf die fünf Provinzen Kiev, Poltava, Podolien und Chernigov beschränken.

²⁰ LIBER, Total Wars, S. 57 f.

war aber nicht gleichbedeutend mit politischer Unterstützung für die *Zentralrada*.²¹ Am 3. Juli 1917 versprach der zweite Universal, dass das Generalsekretariat (Ministerrat) der *Zentralrada* die Interessen aller Bewohner der Ukraine vertrete und nicht nur die Interessen der ethnischen Ukrainer.²² Anfang November 1917 hatte die *Zentralrada* 848 Mitglieder, davon waren 636 Ukrainer, 212 vertraten Minderheiten.²³

Nach der gescheiterten russischen Frühjahrsoffensive kehrten viele Soldaten in ihre Dörfer zurück, um bei der Landverteilung nicht zu kurz zu kommen. Obwohl es zu Kompetenzstreitigkeiten mit der Provisorischen Regierung kam, unter anderem, weil die *Rada* die Landreform schneller vorantreiben wollte und auf Friedensverhandlungen drängte, ging sie nicht den Schritt, die vollständige Unabhängigkeit zu erklären. Selbst die Oktoberrevolution änderte daran zunächst nichts. Die Ukrainophilen in der Zentral- und Ostukraine glaubten weiterhin, die ukrainischen nationalen Interessen mit der Zugehörigkeit zu einem reformierten föderalen Russland vereinbaren zu können. Die *Zentralrada* tat zwar viel, um die kulturelle Ukrainisierung des Landes voranzutreiben, es gelang ihr aber nicht, die alte imperiale Verwaltung durch Staatsdiener zu ersetzen, die gleichzeitig ihre Politik unterstützten und kompetent waren. Die ukrainischen Aktivisten, auf die sich die *Zentralrada* in der Provinz zunehmend stützte, waren jung und unerfahren. Der Aufbau einer schlagkräftigen Armee scheiterte ebenfalls, da die meisten ukrainischen Soldaten der alten imperialen Armee jetzt in ihre Dörfer zurückkehrten und sich nur noch schwer für nationale Belange mobilisieren ließen. Die Verhältnisse destabilisierten sich schnell, doch auch jetzt scheute die *Rada* noch davor zurück, sich vollständig von Russland zu lösen. Im dritten Universal vom 22. November 1917, bereits nach der Oktoberrevolution, proklamierte die *Rada* eine Ukrainische Volksrepublik, die aber mit Russland föderiert sein sollte.

Die ukrainischen Politiker in Österreich-Ungarn verfolgten diese Entwicklung aufmerksam und mit wachsender Begeisterung. Während für die *Zentralrada* die entscheidende Frage das Verhältnis zu Russland und zur neuen revolutionären russischen Regierung war, diskutierten die ukrainischen Politiker in Ostgalizien über das Verhältnis zu Österreich-

²¹ Diesen Punkt macht V. F. SOLDATENKO, Ukrains'ka Revoljucija. Istoryčni narys, Kyjiv 1999, S. 292. Siehe auch SERHY YEKELCHYK, Ukraine. Birth of a Modern Nation, Oxford 2007, S. 69.

²² LIBER, Total Wars, S. 59 f.

²³ Ebd., S. 61.

Ungarn. Einig waren sie sich alle über das Verhältnis zu den polnischen Eliten: Unter keinen Umständen sollte die Region Teil eines polnischen Staates werden oder Teil einer polnisch dominierten Provinz bleiben.²⁴

Am 22. November 1917 fand in Lemberg eine Versammlung des Allgemeinen Ukrainischen Nationalrats, der Reichsratsabgeordneten und von etwa 30 Vertrauensleuten aus der Provinz statt. Sie wandten sich gegen eine mögliche Vereinigung Ostgaliziens mit dem Königreich Polen, gegen „die Unterjochung unseres Volkes in unserem Lande“. Die Polen seien der „Erbfeind“ der Ukrainer, welche die polnische Herrschaft nie anerkannt hätten: „Wir verlangen die Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechts, wir verlangen eine freie, unabhängige Ukraine.“²⁵ Ein ukrainischer Abgeordneter erklärte im österreichischen Reichsrat: „Der Weg zu einer Angliederung an Polen führt nur über unsere Leichen.“²⁶

Der Präsident der Ukrainischen Parlamentarischen Vertretung Jevhen Petruševyč erklärte, dass das langfristige Ziel der ukrainischen Politik die Vereinigung Ostgaliziens mit der Ukrainischen Volksrepublik sei. Die Mehrheit meinte jedoch, dass man zwar die Verbindungen zur Zentral- und Ostukraine aufrechterhalten solle, ohne dabei aber die Verbindung zur k. u. k. Regierung zu lösen.²⁷ Ähnlich wie in der Zentral- und Ostukraine glaubten ukrainische Politiker, dass die ukrainischen Nationalinteressen mit einer Verbindung zum alten imperialen Zentrum vereinbar waren.

Der Fortbestand Österreich-Ungarns war jedoch im Falle eines Sieges der Entente fraglich geworden, gleichzeitig wurde die Unabhängigkeit Polens ein alliiertes Kriegsziel. Am 8. Januar 1918 präsentierte der amerikanische Präsident Woodrow Wilson in einer programmatischen Rede im US-Kongress vierzehn Punkte, auf der er die Nachkriegsordnung aufzubauen gedachte. In Punkt 13 erklärte er die Wiederherstellung eines unabhängigen polnischen Staates mit Zugang zum Meer als eines der Ziele seiner Politik. In Punkt 10 räumte er den Völkern Österreich-Ungarns

²⁴ MICK, Kriegserfahrungen, S. 166.

²⁵ Der Polizeidirektor von Lemberg, Józef Reinlender, an das (österreichische) Ministerium des Innern (MdI), 11.01.1918, Central'nyj Deržavnij Istoryčnyj Archiv Ukrajiny, L'viv [Zentrales Historisches Archiv der Ukraine, Lemberg], künftig: CDIAL, f. 146, op. 4, spr. 197, S. 1 f. Gegen eine Vereinigung mit Polen, in: Ukrainische Korrespondenz 4 (28.11.1917), H. 42/43, S. 1-3.

²⁶ Die Debatte im Abgeordnetenhaus, in: Ukrainische Korrespondenz 4 (28.11.1917), H. 42/43, S. 4-10.

²⁷ Polizeidirektor Reinlender an MdI, 28.12.1917, CDIAL, f. 146, op. 6, spr. 1395, S. 12-17.

freies nationales Selbstbestimmungsrecht ein, während er in Punkt 6 Russland (er dachte dabei nicht an ein bolschewistisch regiertes Russland) selbst die Regelung seiner inneren Angelegenheiten überlassen wollte. Dies war ein schwerer Schlag für die Polenpolitik der Mittelmächte. Die Hoffnungen der polnischen Bevölkerung auf eine „Wiedergeburt“ Polens verbanden sich nun mit einem Sieg der Entente. Die ukrainischen Politiker erkannten die Gefahr, die eine Wiederherstellung Polens für ihre Ambitionen bedeutete, und setzten weiterhin auf einen Sieg der Mittelmächte.

Brest-Litovsk und das Hetmanat

Anders als die Entente hatten die Mittelmächte das Angebot des Rates der Volkskommissare (der neuen sowjetrussischen Regierung), einen Waffenstillstand abzuschließen und Friedensverhandlungen aufzunehmen, angenommen. Seit dem 22. Dezember 1917 verhandelten Vertreter der Mittelmächte mit Abgesandten der sowjetrussischen Regierung in Brest-Litovsk über einen Sonderfrieden. Während die sowjetrussische Delegation beanspruchte, alle Gebiete des Russischen Reiches zu repräsentieren, wollte die *Zentralrada* die ukrainischen Interessen direkt vertreten. Die Mittelmächte waren zwar bereit, mit der ukrainischen Delegation über einen Friedensvertrag zu verhandeln, aber nur, wenn sie als Vertretung eines unabhängigen Staates auftrat.

In gewisser Weise veranlassten so Österreich-Ungarn und das Deutsche Reich die Proklamation der Unabhängigkeit der Ukrainischen Volksrepublik im vierten Universal vom 25. Januar 1918.²⁸ Die *Zentralrada*, die von den ukrainischen Sozialrevolutionären dominiert wurde, schloss die Zugehörigkeit zu einem föderalen demokratischen Russland nicht grundsätzlich aus, lehnte aber die Anlehnung an ein bolschewistisch regiertes Russland ab.²⁹ Der Bruch wurde endgültig, als die *Bol'seviki* eine ukrainische Gegenregierung in Char'kiv gründeten. Dies war kein rein (sowjet)russisches Unternehmen. Die Machtübernahme in Kiev wenig später war das Resultat des Zusammenwirkens von russischen Rotgardisten

²⁸ Der Universal wurde zwar am 25. Januar verabschiedet, aber auf den 22. Januar rückdatiert. Zu Brest-Litovsk BRONISLAV CHERNEV, *Twilight of Empire. The Brest-Litovsk Conference and the Remaking of East Central Europe, 1917–1918*, Toronto 2017, S. 120–157, hier S. 126–133.

²⁹ V. F. SOLDATENKO, *Graždanskaja vojna*, Moskva 2012, S. 96.

einerseits und lokalen probolschewistischen Kräften andererseits.³⁰ Die Vertreter der nationalen Minderheiten waren mit Ausnahme der Polen nicht mit der Deklaration der Unabhängigkeit einverstanden. Ihre Vertreter hatten sich bei der Abstimmung entweder enthalten oder dagegen gestimmt.³¹

Gegen den Willen der sowjetrussischen Regierung erkannten die Mittelmächte daraufhin die Ukrainische Volksrepublik (*Ukrajins'ka Narodna Respublika*, UNR) an und nahmen Friedensverhandlungen mit den Emisären der *Zentralrada* auf. Die UNR war aber kein reiner Spielball deutscher und österreichisch-ungarischer Interessen. Sie hatte durchaus Handlungsspielraum und setzte einige Forderungen durch. Insbesondere Österreich-Ungarn stand am Abgrund und war nach den schweren Januarstreiks kompromissbereit. Die österreichische Regierung setzte große Hoffnungen auf Nahrungsmittellieferungen aus der Ukraine, um die Armee und die Bevölkerung wieder ausreichend mit Lebensmitteln versorgen zu können.³² Die ukrainischen Abgesandten brachten den österreichischen Ministerpräsidenten Ottokar Czernin dazu, in einem geheimen Zusatzabkommen der Bildung eines ukrainischen Kronlandes, bestehend aus Ostgalizien und der Bukowina, zuzustimmen. Diese Verpflichtung erfolgte ohne Festlegung eines Zeitplans und sollte geheim bleiben, um die polnische Bevölkerung nicht gegen die Regierung aufzubringen.³³

Der Vertrag zwischen der Ukrainischen Volksrepublik und den Mittelmächten wurde am 9. Februar 1918 unterzeichnet, einen Tag nach der Besetzung Kievs durch die Roten Garden. Die Mittelmächte waren bereit, militärische Unterstützung zu leisten, wollten aber als Gegenleistung umfangreiche Weizenlieferungen haben. Das Deutsche Reich und Österreich-Ungarn teilten die Ukraine in zwei Zonen auf und besetzten das Land mit etwa 450.000 Mann. Die Roten Garden wurden zum Rückzug gezwungen.

Die territorialen Vereinbarungen mit der ukrainischen Regierung riefen in der polnischen Bevölkerung einen Sturm der Entrüstung hervor. Denn Podlasie, das Cholmer Gebiet und Wolhynien wurden der Ukrai-

³⁰ CHERNEV, *Twilight of Empire*, S. 123 f.

³¹ HENRY ABRAMSON, *A Prayer for the Government. Ukrainians and Jews in Revolutionary Times, 1917–1920*, Cambridge, MA 1999, S. 65.

³² CHERNEV, *Twilight of Empire*, S. 123.

³³ Der k.u.k. Statthalter für Galizien und Lodomerien, Karl Huyn an MdI, 04.03.1918, Allgemeines Verwaltungsarchiv, Wien (AVA), MdI, Präsidiale, Allgemeine Abteilung 22/2118. CHERNEV, *Twilight of Empire*, S. 132–135.



Karte 1: Von der Ukrainischen Volksrepublik im Februar 1918 beanspruchte Gebiete

nischen Volksrepublik zugeschlagen. In allen polnischen Gebieten kam es daraufhin zu Protestkundgebungen. Die Schärfe des Protestes überraschte die Regierung in Wien. Sie kam schließlich den polnischen Wünschen entgegen und nutzte das Ausbleiben von versprochenen Getreidelieferungen durch die Ukrainische Volksrepublik dazu, das Cholmer Gebiet nicht zu übergeben. In einem Zusatzprotokoll zum Vertrag von Brest-Litovsk

wurde das Cholmer Gebiet wieder aus dem Bestand der Ukraine herausgelöst.³⁴

Im Unterschied zur polnischen Bevölkerung waren die Ukrainer in Ostgalizien mit den ursprünglichen Bestimmungen des Friedensvertrages zufrieden und organisierten Dankeskundgebungen.³⁵ Vielerorts gab es Demonstrationen mit mehreren Tausend Teilnehmern. Die Popularität dieser Kundgebungen zeigt, in welch großem Ausmaß die nationale Mobilisierung inzwischen auch das Dorf erfasst hatte.³⁶

Am 3. März 1918 wurde schließlich auch der Friedensvertrag zwischen den Mittelmächten und Sowjetrussland unterzeichnet. Die sowjetrussische Regierung musste dabei auf die Westgebiete des Russischen Reiches verzichten, in denen Russen in der Minderheit waren. Die historische Forschung zu Brest-Litovsk konzentriert sich gewöhnlich auf drei Aspekte dieses Vertrages: seine Bedeutung für den Status Russlands als Großmacht, als Beispiel für das Spannungsverhältnis zwischen Staatsinteressen und revolutionärer Ideologie in Sowjetrussland, als Beleg für das Ausmaß deutscher Kriegsziele und für die Kontinuität zwischen den Raumvorstellungen der deutschen Militärs im Umkreis des Oberbefehlshabers der gesamten Deutschen Streitkräfte im Osten, kurz Ober Ost, und dem nationalsozialistischen Generalplan Ost. Historiker des Ersten Weltkrieges, des deutschen Imperialismus oder der russischen Revolution fragen selten danach, was der Friedensvertrag von Brest-Litovsk für die betroffenen Völker und Nationalbewegungen bedeutete.

Die Niederlage des Russischen Reiches war die Voraussetzung für die Unabhängigkeit Estlands, Litauens, Lettlands, Polens und Finnlands und ermöglichte Staatsgründungsversuche in der Ukraine, Belarus und im Transkaukasus. Sowjetrussland verlor Gebiete, in denen die Mehrheit der Bevölkerung nicht in einem Staatsverband mit einem bolschewistischen Russland bleiben wollte. Zwar hegte insbesondere die dritte Oberste Heeresleitung um Feldmarschall Paul von Hindenburg und General Erich Ludendorff Ostraumphantasien, und manche träumten von einer deutschen Kolonialisierung der Ukraine, aber während des Krieges eröffnete die

³⁴ MICK, Kriegserfahrungen, S. 179; CHERNEV, *Twilight of Empire*, S. 133–135. Siehe Karte 1.

³⁵ Militärkommando in Przemyśl an Statthalterei, 19.02.1918, CDIAL, f. 146, op. 6, spr. 1396, S. 315–324.

³⁶ Aufzeichnung in der Statthalterei über den Verlauf ukrainischer Kundgebungen (Telefonische Mitteilung der Bezirkshauptleute), 23.02.1918, CDIAL, f. 146, op. 4, spr. 7159, S. 121. Dazu auch MICK, Kriegserfahrungen, S. 177–179.

deutsche und österreichisch-ungarische Besatzung der Westgebiete des Russischen Reiches der dortigen Mehrheitsbevölkerung neue Möglichkeiten der Selbstorganisation. 1918 waren die Nationalbewegungen nicht länger mit Autonomie zufrieden, sondern verlangten Unabhängigkeit. Die Mittelmächte tolerierten das Entstehen nationaler Institutionen im besetzten Polen, Kurland, Livland, Litauen und Estland, die Besatzungsbehörden versuchten sie allerdings unter strikter Kontrolle zu halten.³⁷ Es war noch unklar, was mit diesen Gebieten nach dem Krieg geschehen sollte. Die deutsche Politik in der Region war improvisiert und reagierte ad hoc auf Lageänderungen. Nach einem deutschen Sieg waren Annexion und eine direkte deutsche Herrschaft ebenso möglich wie formelle Unabhängigkeit mit Anlehnung an das Reich.³⁸

Nach der deutschen Niederlage an der Westfront ergriffen die nationalen Institutionen entweder selbst die Macht oder transferierten sie zu neuen nationalen Regierungen. Aus der Perspektive dieser nationalen Eliten hatte der Friedensvertrag von Brest-Litovsk deshalb eine gute Seite³⁹ oder wie Bronislav Chernev jüngst formulierte: „The treaty [of Brest Litovsk, C. M.] was better than its reputation.“⁴⁰ In der Ukraine schuf die deutsche und österreichisch-ungarische Besatzung einen Rahmen, in der die Ukrainisierungspolitik der wechselnden ukrainischen Regierungen vonstatten gehen konnte. Allerdings konnten die Bauern mit der Ukrainisierung allein nicht gewonnen werden. Regionalstudien belegen, dass diesen die Ukrainisierung kein zentrales Anliegen war. Wer die Unterstützung der Bauern gewinnen wollte, musste deren Landhunger befriedigen, die Rückkehr der Großgrundbesitzer verhindern und ihnen

³⁷ VEJAS GABRIEL LIULEVICIUS, *War Land on the Eastern Front. Culture, National Identity and German Occupation in World War I*, Cambridge 2000, besonders S. 176–182; ABBA STRAZHAS, *Deutsche Ostpolitik im Ersten Weltkrieg. Der Fall Ober Ost 1915–1917*, Wiesbaden 1993; HANS-ERICH VOLKMANN, *Die deutsche Baltikumspolitik zwischen Brest-Litovsk und Compiègne. Ein Beitrag zur „Kriegszieldiskussion“*, Köln / Wien 1970.

³⁸ Zur deutschen Ukrainepolitik im Ersten Weltkrieg siehe FRANK GRELKA, *Die Ukrainische Nationalbewegung unter deutscher Besatzungsherrschaft 1918 und 1941/42*, Wiesbaden 2005, S. 47–116, und die klassische Studie zu Brest-Litovsk von WINFRIED BAUMGART, *Deutsche Ostpolitik 1918. Von Brest-Litowsk bis zum Ende des Ersten Weltkriegs*, Wien 1966.

³⁹ In der Exil- und postsowjetischen ukrainischen Geschichtsschreibung wird Brest-Litovsk nicht derart negativ beurteilt wie in der russischen, sowjetischen, deutschen oder anglo-amerikanischen Geschichtsschreibung. Zum Beispiel OREST SUBTELNY, *Ukraine. A History*. 3rd edition, Toronto u. a. 2000, 350–352.

⁴⁰ CHERNEV, *Twilight of Empire*, S. 136.

weitgehend die Kontrolle über ihre Produkte überlassen.⁴¹ Für die internationale Position des ukrainischen Staates hatte der Vertrag gravierende Folgen. Die Annäherung an die Mittelmächte war notwendig, da von deren militärischer Unterstützung die Existenz des Staates abhing. Gleichzeitig untergrub der ukrainische Kriegsaustritt aber die Beziehungen zur Entente.⁴²

Der Einmarsch der Roten Armee in Kiev einen Tag nach Unterzeichnung des Friedensvertrages zwischen den Mittelmächten und der Ukrainischen Volksrepublik hatte gezeigt, über wie wenig Macht die *Zentralrada* verfügte. Deutsche und österreichisch-ungarische Waffenhilfe waren Teil des Vertrags und Truppen der Mittelmächte besetzten wie abgesprochen die Gebiete der UNR. Die ukrainische Regierung (das Generalsekretariat der *Zentralrada*) war aber weiterhin kein willfähriges Werkzeug und setzte die Nahrungsmittelforderung der Mittelmächte nicht konsequent um, auch um nicht noch den letzten Rückhalt in der Bauernschaft zu verlieren. Schließlich ließ Ober Ost die machtlose *Zentralrada* samt Regierung fallen.⁴³

Am 28. April 1918 intervenierte Ober Ost in die ukrainische Innenpolitik und unterstützte einen Staatsstreich gegen die *Zentralrada*. Zehn Tage zuvor hatte die Vereinigung der Landbesitzer den russifizierten Gutsbesitzer Pavlo Skoropads'kyj zum Hetman der Ukraine gewählt. Skoropads'kyjs Herrschaft hing von deutscher und österreichisch-ungarischer militärischer Unterstützung ab. Die tatsächliche Macht in der Ukraine lag bei Ober Ost. Skoropads'kyj hatte – wenigstens anfangs – die Unterstützung der alten imperialen Eliten und konnte sich auf die Selbstverwaltungsorgane und Überreste staatlicher Strukturen des Russischen Reiches stützen.⁴⁴ Obwohl selbst ein russifizierter Großgrundbesitzer, verfolgte er eine Ukrainisierungspolitik. Das Hetman-Regime förderte die ukrainische Sprache, gründete ukrainische Gymnasien und legte den

⁴¹ Ebd., S. 140 f.; ARTHUR ADAMS, The Great Ukrainian Jacquerie, in: The Ukraine, 1917–1921. A Study in Revolution, hg. v. TARAS HUNCZAK, Cambridge, MA 1977, S. 247–270; MARK BAKER, Beyond the National: Peasants, Power, and Revolution in Ukraine, in: Journal of Ukrainian Studies 24 (1999), S. 39–67.

⁴² CHERNEV, Twilight of Empire, S. 137; CAROLINE MILOW, Die ukrainische Frage 1917–1923 im Spannungsfeld der europäischen Diplomatie, Wiesbaden 2002, S. 113–116.

⁴³ CHERNEV, Twilight of Empire, S. 130 f. Zu den Schwierigkeiten mit der Getreideaufbringung siehe MILOW, Die ukrainische Frage, S. 115–160.

⁴⁴ Die russischen Beamten waren zwar erfahren, aber wegen ihrer fragwürdigen Loyalität nur eingeschränkt für den Aufbau eines ukrainischen Staates zu gebrauchen. CHERNEV, Twilight of Empire, S. 138 f. YEKELCHYK, Ukraine, S. 74 f.

Grundstein zu einer ukrainischen Akademie der Wissenschaften. Skoropads'kyj war aber auch akzeptabel für die ethnischen Minderheiten. Sein sozialpolitisch konservatives und auf Restitution des Großgrundbesitzes ausgerichtetes Agrarprogramm entfremdete ihn allerdings von den Bauern. Für die multiethnische Bevölkerung der Ukraine (Ukrainer, Russen, Juden, Polen und andere) brachten das Hetman-Regime und die militärische Besatzung zwiespältige Erfahrungen. Zunächst stellte die Besatzung wieder Ordnung her und schützte das Land gegen die Rote Armee und die Gefahr eines bolschewistischen Umsturzes. Die Bevölkerung hatte die deutschen und österreichisch-ungarischen Soldaten zunächst abwartend bis freundlich empfangen, war aber bald desillusioniert. Den Rückhalt im Land verlor Skoropads'kyj vor allem dadurch, dass er mitverantwortlich gemacht wurde für die rücksichtlose Ausbeutungspolitik, die Requirierung von Agrarprodukten durch die Besatzungsmächte. Dies führte zu Baueraufständen, die von deutschen und österreichischen Truppen niedergeschlagen wurden.⁴⁵ Mark Baker kritisiert zu Recht, dass die Forschung zur „ukrainischen Revolution“ sich auf die „Nationsbilder“ konzentriert, die eine „amorphe Masse“ zu nationalisieren suchten. Baker unterstreicht die *agency* der Bauern, die ihre eigenen Interessen verfolgten, die sich nicht mit dem nationalen Paradigma fassen lassen.⁴⁶

Bereits in den letzten Monaten der Besatzung kämpften in vielen Regionen Kontingente bewaffneter Bauern gegen die Besatzungsmacht. Nur die Anwesenheit deutscher Truppen hielt Skoropads'kyj an der Macht. Als die deutsche Niederlage im Westen besiegelt war, waren auch die Tage des Hetmanats gezählt. Ein letzter verzweifelter Versuch, sich den Siegermächten anzudienen, scheiterte. Sie ignorierten Skoropads'kyjs Vorschlag, sich an der Wiederherstellung des Russischen Reiches zu beteiligen und eine autonome Ukraine in den – nachbolschewistischen – Reichsverband zurückzuführen. Die UNR wurde daraufhin erneuert, war aber instabil. In dem fünfköpfigen Direktorat spielte zunächst Volodymyr Vynnyčenko und später Symon Petljura die Hauptrolle. Die UNR musste sich gegen die überlegene Rote Armee und anfangs auch gegen polnische Einheiten verteidigen.

⁴⁵ Zur deutschen und österreichisch-ungarischen Besetzung der Ukraine WŁODZIMIERZ MEDRZECKI, Niemiecka interwencja militarna na Ukrainie w 1918 roku [Die deutsche militärische Intervention in der Ukraine im Jahre 1918], Warszawa 2000; GRELKA, Die ukrainische Nationalbewegung unter deutscher Besatzung, S. 84–116; TIMOTHY SNYDER, The Red Prince. The Secret Lives of a Habsburg Archduke, New York 2008, S. 99–120; FRANK GOLCZEWSKI, Deutsche und Ukrainer, 1914–1939, Paderborn 2010, S. 258–343.

⁴⁶ BAKER, Beyond the National, S. 39–67.

Von der Gründung der Westukrainischen Volksrepublik zum polnisch-sowjetrussischen Krieg

In Ostgalizien dauerte es länger als in der russischen Ukraine, bis sich die ukrainischen Eliten dazu durchringen konnten, sich vollständig vom Reich zu lösen. Kaiser Karl hatte am 16. Oktober 1918 versucht, durch das Versprechen einer Föderalisierung und Demokratisierung der österreichischen Reichshälfte das Reich zu retten. Das Manifest kam zu spät, fast überall hatten sich die Nationalbewegungen inzwischen auf einen unabhängigen Staat festgelegt. Nur die ukrainischen Politiker setzten weiterhin auf eine Föderation mit Österreich.⁴⁷

Als der Zusammenbruch der Habsburgermonarchie schließlich nicht mehr abzuwenden war und sich für den 1. November 1918 in Lemberg eine Delegation des polnischen Liquidationskomitees ankündigte, um Stadt und Region für Polen zu reklamieren, besetzten ukrainische Soldaten in der Nacht zum 1. November Schlüsselpositionen in der Stadt. Das ukrainische Nationalkomitee proklamierte noch am selben Tag einen ukrainischen Staat, die Westukrainische Volksrepublik (ukrainische Abkürzung: ZUNR), mit Lemberg (L'viv) als Hauptstadt. Die geheimen polnischen Militärorganisationen riefen zum Widerstand auf, und ein Teil der polnischen Bevölkerung, darunter viele Jugendliche, beteiligten sich am Widerstand.⁴⁸

Polnische wie ukrainische Politiker handelten schnell, um der jeweils anderen Seite zuvorzukommen. Diese Aktivitäten hatten auch eine internationale Dimension. Den Siegermächten sollte demonstriert werden, dass die Region ukrainisch respektive polnisch war. Der Anspruch sollte durch die Machtübernahme untermauert werden. Da die ukrainische Seite zuerst handelte, bestritt der polnische Widerstand dagegen den ukrainischen Anspruch auf Stadt und Region.

Für drei Wochen kämpften Truppen der Westukrainischen Volksrepublik und polnische Einheiten um die Kontrolle in der Stadt. Eine eilends durch die jüdische Gemeinde (*Kahal*) gebildete jüdische Miliz schützte deren Viertel vor Übergriffen. Der Konflikt begann als Bürgerkrieg und entwickelte sich zu einem Krieg zwischen der Westukrainischen

⁴⁷ TORSTEN WEHRHAHN, Die Westukrainische Volksrepublik. Zu den polnisch-ukrainischen Beziehungen und dem Problem der ukrainischen Staatlichkeit in den Jahren 1918 bis 1923, Berlin 2004, S. 102–125; MICK, Kriegserfahrungen, S. 206.

⁴⁸ Zum Folgenden MICK, Kriegserfahrungen, S. 196–211.

Volksrepublik und dem neuen polnischen Staat, der am 11. November 1918 in Warschau proklamiert worden war.



Abb. 1: Polnisches Oberkommando der Verteidigung Lembergs, 1918

Am 22. November 1918 erreichten polnische Ersatztruppen Lemberg und die ukrainischen Truppen verließen die Stadt. Die westukrainische Staatsbildung machte aber in anderen Teilen Ostgaliziens Fortschritte. Im Dezember 1918 hatten die ukrainischen Truppen mit Ausnahme Lembergs ganz Ostgalizien unter ihre Kontrolle gebracht. Sie beherrschten damit den größten Teil des Landes, das zuvor als Territorium der Westukrainischen Volksrepublik definiert worden war.⁴⁹

Die polnische Bevölkerung setzte sich nur an wenigen Orten bewaffnet gegen die ukrainische Machtübernahme zur Wehr. Die ZUNR umfasste etwa vier Millionen Menschen, davon drei Millionen Ukrainer. Die polnische Bevölkerung boykottierte die Wahlen zum Ukrainischen Nationalrat, die vom 22. bis zum 26. November stattfanden. Auch die jüdische und galiziendeutsche Bevölkerung nahm an den Wahlen nicht teil, um nicht in die Auseinandersetzungen hineingezogen zu werden. So

⁴⁹ Zum Aufbau der westukrainischen Verwaltung WEHRHAHN, Die Westukrainische Volksrepublik, S. 118–120, 134–140, 200–207. Siehe auch B. TYŠČYK / O. VIVČARENKO, Zachidnoukrajins'ka Narodna Respublika 1918–1923 rr. (Do 75-riččja utvorennja i dijal'nosti) [Die Westukrainische Volksrepublik 1918–1923 (Zum 75. Jahrestag der Schaffung und Tätigkeit)], Kolomyja 1993; M. LYTVYN / K. NAUMENKO, Istorija ZUNR [Geschichte der ZUNR], L'viv 1995; M. SEN'KIV / I. DUMYNEC', Zachidnoukrajins'ka Narodna Respublika 1918–1919 rr. [Die Westukrainische Volksrepublik 1918–1919], Drohobyc' 1996.

bestand der 150-köpfige Rat (Parlament) fast ausschließlich aus Ukrainern. Der Ukrainische Nationalrat wählte den Rechtsanwalt und ehemaligen Reichsratsabgeordneten Jevhen Petruševyč zum Vorsitzenden und damit gleichzeitig zum Präsidenten der Republik. Provisorische Hauptstadt war Stanislau (Stanislaviv).⁵⁰

Schon am 1. Dezember 1918 hatten die Regierungen von UNR und ZUNR einen Vertrag über die Vereinigung beider Staaten abgeschlossen. Doch erst am 22. Januar 1919, dem ersten Jahrestag der Unabhängigkeitserklärung der Ukrainischen Volksrepublik, wurde die Vereinigung auf dem Platz vor der Sophien-Kathedrale in Kiev feierlich ausgerufen. Die Westukrainische Volksrepublik erhielt den Status eines autonomen Gebiets der Ukrainischen Volksrepublik. Ihr neuer Name lautete nun Westliches Gebiet der Ukrainischen Volksrepublik (ukrainische Abkürzung: ZOUNR). Die Unterordnung unter Kiev hatte wenig praktische Bedeutung, die Führung des ZOUNR agierte weiterhin autonom. Zwar gab es einen gewissen personellen Austausch, doch war das ZOUNR bei seinem Kampf gegen Polen auf sich allein gestellt.⁵¹

Nach anfänglichem Chaos begannen die ukrainischen Eliten damit, eine durchgegliederte Verwaltung aufzubauen. Die Voraussetzungen dafür waren weitaus besser als in der Zentral- und Ostukraine. Die westukrainischen Staatsbilder konnten sich auf die alten österreichischen Verwaltungsstrukturen stützen, besetzten die führenden Posten aber mit Ukrainern. Die Stellen der Stadt- und Kreishauptleute wurden durchweg von ukrainischen Kommissaren übernommen. Die polnischen Fachbeamten durften zwar bleiben, doch verweigerten sich viele Polen dem neuen Staat. Da das alte Verwaltungspersonal unzuverlässig war oder gar nicht mehr zur Arbeit erschien, mussten die lokalen ukrainischen Eliten improvisieren, konnten dabei aber auf die Expertise ukrainischer Beamter und auf das Netzwerk ukrainischer Organisationen zurückgreifen. Mancherorts wurden Fachverwaltungen geschaffen, anderswo richtete der jeweilige Nationalrat Sektionen ein und an einigen Orten bildeten sich Arbeiterräte.⁵² Bei all ihrer Unvollkommenheit bedeutete der Aufbau einer ukraini-

⁵⁰ SUBTELNY, Ukraine, S. 368; WASYL KUTSCHABSKY, Die Westukraine im Kampf mit Polen und dem Bolschewismus in den Jahren 1918–1923, Berlin 1934, S. 66–72.

⁵¹ KUTSCHABSKY, Die Westukraine, S. 90–95. Zu Petljura und zur UNR vgl. RUDOLF A. MARK, Symon Petljura und die UNR. Vom Sturz des Hetman Skoropads'kyj bis zum Exil in Polen, Wiesbaden 1988.

⁵² OLEH PAVLYŠYN, Formuvannja ta dijal'nist' predstavnyc'kych orhaniv vlady ZUNR-ZOUNR [Die Formierung und Tätigkeit der repräsentativen Machtorgane der

ischen Verwaltung einen enormen Sprung im Nationalisierungsprozess der Westukrainer. Die ukrainischen Bauern sahen zum ersten Mal eine ukrainische Obrigkeit. Die vorgestellte Gemeinschaft der Nation wurde greifbar in den Verwaltungsstellen der Westukrainischen Volksrepublik und in der schlagkräftigen Ukrainischen Galizischen Armee (*Ukrajins'ka Halyč'ka Armija*, UHA), die die Rolle einer „Schule der Nation“ übernommen hatte.⁵³

Die Verfassungsprinzipien und die Gesetzgebung der ZUNR waren – wie die der Ukrainischen Volksrepublik – liberal und demokratisch. Der Nationalrat reservierte 30 Prozent der Sitze im künftigen Parlament für die nationalen Minderheiten, denen spezielle Rechte eingeräumt wurden. Der Wahlboykott der polnischen, jüdischen und galizendeutschen Bevölkerung führte jedoch dazu, dass keine Minderheiten im ersten gewählten Nationalrat vertreten waren.⁵⁴ In der Ukrainischen Volksrepublik hatten sich dagegen Minderheitenvertreter zur Mitarbeit in der *Zentralrada* bereit gefunden.

Die westukrainischen Politiker setzten nach dem Zusammenbruch der Mittelmächte ihre Hoffnungen auf die Entente und deren Willen, dem Selbstbestimmungsrecht der Völker zum Durchbruch zu verhelfen. Die Entente versuchte seit Dezember 1918, einen Ausgleich zu vermitteln und ukrainische und polnische Gebiete voneinander abzugrenzen. Einer französischen Delegation angeführt von General Joseph Barthélémy gelang es immerhin in Lemberg eine Waffenruhe zwischen Polen und Ukrainern zu vermitteln. Die französische Regierung war daran interessiert, diesen Konflikt beizulegen, um alle Kräfte im Kampf gegen die *Bol'seviki* bündeln zu können. Barthélémys Sympathien lagen bei den Polen. Der vermittelte Waffenstillstand nutzte schließlich nur den Polen, die eine Atempause erhielten und neue Kräfte in Lemberg zusammenziehen konnten. Beide Seiten hofften im März 1919 noch, den Krieg für sich entscheiden und ihre territorialen Forderungen ungeschmälert durchsetzen zu können.⁵⁵

ZUNR-ZOUNR]. Avtoreferat [Zusammenfassung der Dissertation], L'viv 2001, S. 15; WEHRHAHN, Die Westukrainische Volksrepublik, S. 172–176.

⁵³ Zur Ukrainischen Galizischen Armee LEV ŠANKOVSKYJ, Ukrajins'ka Halyč'ka Armija [Die Ukrainische Galizische Armee], L'viv 1999.

⁵⁴ PAVLYŠIN, Formuvannja, S. 18 f.

⁵⁵ WEHRHAHN, Die Westukrainische Volksrepublik, S. 184–199. MICHAŁ KLIMECKI, Polsko-ukraińska wojna o Lwów i Galicję Wschodnią 1918–1919 [Der polnisch-ukrainische Krieg um Lemberg und Ostgalizien 1918–1919], Warszawa 2000, S. 169–177.

Auch die Verhandlungen in Paris im April/Mai 1919 brachten kein Ergebnis. Die ukrainischen Vertreter standen im Schatten der polnischen Repräsentanten, die seit Jahren Verbindungen zur Entente aufgebaut hatten. Die Politiker der Entente hatten nur sehr unklare Vorstellungen von der Situation vor Ort. Für sie war die „ukrainische Frage“ ein Problem, das sie nur als Teil ihrer Russland- und Polenpolitik wahrnahmen und dieser unterordneten.⁵⁶ Daran änderten auch die zahlreichen Memoranden nichts, in denen ukrainische Komitees ihre Forderungen vorbrachten. Die britische und französische Regierung wurde 1919/20 sowohl von polnischen wie ukrainischen Denkschriften eingedeckt, in denen sich beide Seiten gegenseitig Kriegsverbrechen bezichtigten und gleichzeitig historische und politische Argumente vorbrachten, um ihren Anspruch auf Ostgalizien zu rechtfertigen.⁵⁷ Eine Kommission der *Entente* schlug eine Teilung Ostgaliziens vor, die Lemberg bei Polen belassen hätte. Die Ukrainer akzeptierten den Vorschlag, die polnischen Verhandlungsführer in Paris, Roman Dmowski und Ignacy Paderewski, lehnten ihn mit der Begründung ab, die Verwaltung der Westukrainischen Volksrepublik habe sich als unfähig erwiesen und verübe Grausamkeiten an der polnischen Bevölkerung. Nachdem lange die Ukrainische Galizische Armee die Oberhand hatte, wandte sich das Blatt im Frühling und Sommer 1919. Denn nun griff die so genannte Haller-Armee in die Kämpfe ein, die in Frankreich aus polnischen Kriegsgefangenen geformt worden war und in der auch französische Offiziere tätig waren. Ursprünglich hatte die Entente nur erlaubt, diese 60.000 Mann starke Einheit gegen „die Bolschewisten“ einzusetzen. Doch die polnische Regierung setzte sich darüber hinweg, versuchte aber dadurch den Schein zu wahren, dass sie die Westukrainer in die Nähe des Bolschewismus rückte. Die Verstärkungen brachten der polnischen Seite das entscheidende Übergewicht.⁵⁸

Durch die Verweigerungshaltung der Polen mangelte es in der Westukraine eklatant an Ärzten. Typhus und Spanische Grippe verbreiteten sich in der Region. Die Disziplin der Soldaten ließ nach und es kam zu Massendesertionen und zu einem Autoritätsverfall der Regierung. Am

⁵⁶ WEHRHAHN, Die Westukrainische Volksrepublik, S. 218–223; MARGARET MACMILLAN, The Peacemakers. Six Months that Changed the World, London 2002, S. 235–237.

⁵⁷ MILOW, Die ukrainische Frage, S. 359–373; Solche Memoranden finden sich in den Akten zu Galizien der Britischen Delegation auf der Friedenskonferenz in Paris: The National Archives, Kew, FO 608/64.

⁵⁸ KLIMECKI, Polsko-ukraińska wojna, S. 208–243; VASYL' VERYHA, Vyzvol'ni zma-hannja v Ukrajini 1914–1923 rr. [Die Freiheitsbestrebungen in der Ukraine 1914–1923], Bd. 1, L'viv 1998, S. 471–480; SUBTELNY, Ukraine, S. 369 f.

14./15. April 1919 billigte der Ukrainische Nationalrat eine Agrarreform, die eine Verteilung des Großgrundbesitzes unter den Bauern vorsah. Dies stieß jedoch auf heftigen Widerstand ukrainischer Politiker und der griechisch-katholischen Kirche, die selbst über Landbesitz verfügte. Der Nationalrat gab nach und verschob die Entscheidung über die Agrarreform auf den künftigen Landtag. Diese halbherzigen Reformen stellten die Bauern nicht zufrieden.

Am 30. und 31. Mai 1919 tagte in Stanislau der erste Kongress der Ukrainischen Arbeiter- und Bauernunion, die unter bolschewistischem Einfluss stand. Der Kongress forderte eine enge Zusammenarbeit mit der sowjetukrainischen Regierung und die Fortsetzung des Krieges gegen Polen. Ein Aufstand ukrainischer Soldaten gegen ihre Offiziere in Drohobyč konnte der Nationalrat mit Hilfe loyaler Einheiten der Ukrainischen Galizischen Armee niederschlagen und damit das Entstehen einer inneren Front verhindern. 1200 Aufständische wurden verhaftet.⁵⁹

Die Westukrainische Volksrepublik scheiterte jedoch letztlich nicht an innerer Schwäche, sondern an der militärischen Überlegenheit des polnischen Gegners. Im Frühjahr durchbrachen polnische Einheiten den Belagerungsring um Lemberg. Die Ukrainische Galizische Armee musste sich Richtung Zbrucz zurückziehen, wo sie sich neuformierte. Von dort aus startete der neue Oberbefehlshaber General Oleksander Grekov im Juni 1919 eine Offensive Richtung Lemberg, die zunächst erfolgreich verlief, dann aber wegen Munitionsmangel und neu eingetroffenen polnischen Verstärkungen abgebrochen werden musste.

Die ukrainische Bevölkerung begrüßte ihre Truppen mit Begeisterung und bildete in einigen Gegenden Partisaneneinheiten. Doch es half alles nichts. Mitte Juli war der größte Teil Ostgaliziens schließlich in polnischer Hand. Ein Teil der Ukrainischen Galizischen Armee zerstreute sich, aber etwa 21.000 Mann wechselten auf das Gebiet der Ukrainischen Volksrepublik über und stellten sich dem Direktorat unter Symon Petljura zur Verfügung. Petruševyč hatte sich kurz zuvor zum Diktator der Westukraine erklärt und sich mit einem Teil seiner Verwaltung ebenfalls nach Kam'janec'-Podil's'k begeben. Etwa 100.000 Ukrainer wechselten in die Ostukraine. Der Krieg um Ostgalizien hatte die Ukrainer etwa 15.000 und die Polen über 10.000 Menschenleben gekostet.⁶⁰

⁵⁹ VERYHA, *Vyzvol'ni zmahnija*, Bd. 1, S. 466–467; JANUSZ SZCZEPAŃSKI, *Spoleczeństwo Polskie w walce z najazdem bolszewickim 1920 roku* [Die Gesellschaft Polens im Kampf mit dem bolschewistischen Angriff des Jahres 1920], Warszawa / Połtusk 2000, S. 80.

⁶⁰ SUBTELNY, Ukraine, S. 369 f.; KLIMECKI, *Polsko-ukraińska wojna*, S. 198–241.

Während des polnisch-ukrainischen Krieges war das Gebiet der Ukrainischen Volksrepublik zu einem Hauptschlachtfeld des Russischen Bürgerkrieges geworden. Auf ihrem Territorium operierten Bauernarmeen, nationalukrainische Einheiten des Direktorats, die Rote Armee und Einheiten der konterrevolutionären weißen Armeen. Der Krieg verhinderte den Aufbau ukrainischer Verwaltungsstrukturen. Der Hauptfeind der UNR war Sowjetrussland und die gegenrevolutionären weißen Armeen, die eine Wiederherstellung des Russischen Reiches anstrebten, der Hauptfeind der Westukraine Polen. Sich gegen beide gleichzeitig zu behaupten, war so gut wie ausgeschlossen. Als klar wurde, dass Polen den Krieg in Ostgalizien gewonnen hatte und auch von den Friedensverhandlungen in Paris nichts zu erwarten war, unterstützte Petljura die galizischen Ukrainer nicht länger, sondern suchte einen Ausgleich mit der polnischen Regierung.

Am 16. Juni 1919 kam es zu einem polnisch-ukrainischen Waffenstillstand, am 25. Juni stimmte der Rat der alliierten Außenminister zu, dass polnische Truppen ganz Ostgalizien besetzten und am 2. Dezember erkannte die Delegation der UNR in Warschau den Zbrucz als Grenze zwischen Polen und der Ukraine an. Die galizischen Mitglieder verließen daraufhin aus Protest die diplomatische Mission der Ukraine. Am 21. April 1920 verzichtete die UNR als Preis für das Bündnis mit dem polnischen Staatschef Józef Piłsudski auch formell auf Ostgalizien.⁶¹

Dieser letzte Versuch, in Anlehnung an Polen einen unabhängigen ukrainischen Staat zu gründen, endete jedoch mit einem spektakulären Fehlschlag. Zwar erzielten die polnischen Truppen mit ihrem ukrainischen Verbündeten große Anfangserfolge und konnten Kiev besetzen. Die ukrainische Bevölkerung ließ sich jedoch nicht gegen die *Bol'seviki* mobilisieren. Mit der Rückkehr der Polen verbanden die Bauern eine Restitution des Großgrundbesitzes. Mitte Mai 1920 ging die Rote Armee in die Offensive. Ein sowjetrussischer Sieg schien unmittelbar bevorzustehen, als die Rote Armee schließlich vor Warschau im sogenannten „Wunder an der Weichsel“ gestoppt wurde. Der Krieg endete ohne schlüssiges Ergebnis und Piłsudski ließ seinen ukrainischen Bündnispartner fallen. Am 18. März 1921 wurden im Frieden von Riga die polnischen und sowjetrussischen Einflusssphären abgegrenzt. Der Großteil der Ukraine mit Kiev blieb unter bolschewistischer Kontrolle.

Die *Bol'seviki* setzten sich in der Ukraine auch deswegen durch, weil sie aus ihren Fehlern gelernt hatten. Lenin erkannte, dass es gefährlich

⁶¹ KLIMECKI, Polsko-ukraińska wojna, S. 235; SZCZEPANSKI, Społeczeństwo, S. 86 f.

war, den ukrainischen Nationalismus und seine Attraktivität für die Bauern zu unterschätzen. Die *Bol'seviki* erkannten die Existenz einer ukrainischen Nation an und richteten ihre Politik danach aus. Die Schaffung einer Ukrainischen Sozialistischen Sowjetrepublik und die auf kulturelle und personelle Ukrainisierung angelegte Nationalitätenpolitik beruhigten für eine Weile die ukrainische Frage.⁶²

Fazit

Die ukrainische Nationalbewegung wartete länger als andere Nationalbewegungen in Osteuropa damit, den Pfad zu einem unabhängigen Staat zu beschreiten. Ukrainophile Politiker in Russland und Österreich-Ungarn strebten bis 1918 nicht nach vollständiger Unabhängigkeit, sondern nach Autonomie, entweder im bestehenden Reichszusammenhang oder in Anlehnung an das frühere imperiale Zentrum. Die Gründe dafür waren unterschiedlich. Die Ukrainophilen in Ostgalizien wussten, dass die polnischen Eliten das Gebiet als ihr Land ansahen und für einen künftigen polnischen Nationalstaat beanspruchten. Um sich gegen diese Ansprüche behaupten zu können, war die Unterstützung Wiens unabdingbar.

In der Zentral- und Ostukraine waren die Beziehungen zwischen ukrainischer Mehrheitsbevölkerung und russischer Minderheit weniger gespannt als die zwischen Polen und Ukrainern in Ostgalizien. Nach der Februarrevolution hofften ukrainische Politiker und Intellektuelle, Autonomie in einem demokratischen und föderalen Russland erreichen zu können. Die *Zentralrada* in Kiev und die Provisorische Regierung in Petrograd hatten keine Interessen, die sich grundsätzlich ausschlossen. Ein föderaler Umbau des Russischen Reiches auf demokratischer Basis war eine Grundlage, auf der sich beide Regierungen treffen konnten. Formell Teil Russlands zu bleiben, hatte viele Vorteile, darunter auch denjenigen, dass damit das Problem reduziert worden wäre, dass die meisten Städte eine russischsprachige Bevölkerungsmehrheit hatten. Streitpunkt war aber, wie weit diese Autonomie reichen sollte. Ein anderer wichtiger Faktor war die Haltung zur Agrarfrage. Eine Landreform war unerlässlich, um die Bauern zufriedenzustellen.

Die besten Chancen hatten die ukrainischen Staatsbildungsversuche, wenn sie sich auf bestehende Staatsstrukturen und Netzwerke stützen

⁶² TERRY MARTIN, The Affirmative Action Empire. Nations and Nationalism in the Soviet Union 1923–1929, Ithaca / London 2001, S. 75–124.

konnten. Die *Zentralrada* konnte sich zunächst auf die Strukturen des Russischen Reiches stützen, solange sie nicht in offenem Konflikt mit der Provisorischen Regierung stand. Während dieser Zeit wurde der Krieg gegen die Mittelmächte fortgesetzt. Es gelang der *Zentralrada* aber nicht, in dieser Zeit ein Netzwerk ukrainischer nationaler Strukturen aufzubauen. Selbst nach Machtübernahme der *Bol'seviki* in Petrograd zögerte die *Zentralrada* noch, alle Verbindungen zu Russland zu kappen. Erst als die *Bol'seviki* versuchten, die Ukraine gewaltsam unter Kontrolle zu bekommen, erklärte die *Zentralrada* die vollständige Unabhängigkeit der Ukrainischen Volksrepublik, schloss einen Friedensvertrag mit den Mittelmächten und bat um deren militärische Unterstützung.

Als sich die Regierung der Ukrainischen Volksrepublik als schwach und nicht willfährig genug zeigte, ließen die Mittelmächte sie fallen und protegierten Hetman Pavlo Skoropads'kyj, der die Unterstützung der (russischen) Großgrundbesitzer hatte. Das Hetman-Regime fand trotz seiner kulturellen Ukrainisierungspolitik Rückhalt in den noch existierenden Institutionen des Russischen Reiches. Seine konservative Politik verschaffte Skoropads'kyj zwar diese Unterstützung, machte es ihm aber unmöglich, die ukrainischen Bauern für sich zu gewinnen.

Land und die Verfügung über die Nahrungsmittel waren für die Bauern in der Zentral- und Ostukraine wichtiger als die nationale Frage. Sie ließen sich zwar für ukrainische Staatsbildungsprojekte mobilisieren, wandten sich aber ab, wenn ihre sozialen Forderungen nicht erfüllt wurden. Je chaotischer die Verhältnisse wurden, desto mehr traten lokale Interessen in den Vordergrund. Die Voraussetzungen ukrainischer Staatsbildung waren daher in der Westukraine eher gegeben als in der Zentral- und Ostukraine. Die nationale Mobilisierung der ukrainischen Bauern war hier weiter fortgeschritten als in der russischen Ukraine. Als Resultat der liberalen österreichischen Nationalitätenpolitik konnte die ukrainische Nationalbewegung in Ostgalizien auch auf ein dichtes Netzwerk ukrainischer Organisationen zurückgreifen. Hinzu kam, dass Ukrainer in österreichischen Behörden tätig gewesen waren, die sich jetzt der Westukrainischen Volksrepublik zur Verfügung stellten.

Es waren jedoch weniger die Schwäche der ukrainischen Nationalbewegung und der begrenzte nationale Mobilisierungsgrad der ukrainischen Bevölkerung in der Zentral- und Ostukraine als vielmehr der russische Bürgerkrieg und die militärische Übermacht der Roten Armee und der polnischen Armee, die zum Fehlschlag der Staatsbildungsversuche führten. Auf internationaler Ebene hatte zwar die Anlehnung an die Mittel-

mächte vorübergehend die Chance auf eine ukrainische Staatlichkeit erhöht, dies war aber auf Kosten der Beziehungen zur Entente gegangen.

Nach der deutschen Niederlage und dem Kollaps Österreich-Ungarns wurde die Zusammenarbeit mit den Mittelmächten zur Belastung. Die Prioritäten der Entente in Mittel- und Osteuropa lagen im Kampf gegen revolutionäre Bestrebungen, der Zerstörung oder wenigstens Eindämmung Sowjetrusslands, der Entmachtung Deutschlands und der Stärkung Polens und Rumäniens. Nur wenig Wirkung hatten ukrainische Appelle, das Selbstbestimmungsrecht der Völker auch auf die Territorien mit ukrainischer Mehrheitsbevölkerung anzuwenden. Das Schicksal der ukrainischen Staatsbildungsversuche wurde militärisch entschieden.

Abbildungsnachweis

Karte 1: New York Times, 17. Februar 1918, https://upload.wikimedia.org/wikipedia/commons/f/fd/Dismembered_Russia — Some_Fragments_%28NYT_article%2C_Feb._17%2C_1918%29.png (Zugriff: 17.03.2020).

Abb. 1: https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Polish_Supreme_Command_of_Lw%C3%B3w_defence_in_1918.PNG (Zugriff: 08.07.2022).